S 38 RA 3100/00

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze -

1. Instanz

Normenkette

Aktenzeichen S 38 RA 3100/00

Datum 22.03.2001

2. Instanz

Aktenzeichen L 8 RA 17/01 Datum 26.02.2004

3. Instanz

Datum -

Auf die Berufung des Klägers wird das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 22. März 2001 aufgehoben. Der Bescheid der Beklagten vom 24. März 2000 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 5. Juni 2000 wird geändert. Es wird festgestellt, dass der Kläger in seiner Tätigkeit als Finanzdienstleister nicht der Versicherungspflicht gemäÃ∏ <u>§ 2 Satz 1 Nr. 9 SGB VI</u> unterliegt. Die Beklagte hat die auÃ∏ergerichtlichen Kosten des Klägers zu tragen. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Im Streit ist die Versicherungspflicht des Klägers auf Grund seiner Tätigkeit als Versicherungsvertreter seit 1. September 1999.

Der 1964 geborene Kläger wurde für eine Beschäftigung in der Justizverwaltung bis 30. April 1999 nachversichert. AnschlieÃ□end arbeitete er nach seinen Angaben bis zum 31. Juli 1999 als Klavierbauer. Im August 1999 war er arbeitslos und arbeitete nebenher als Versicherungsvertreter. Er beantragte am 23. September 1999, ihn ab dem 1. September 1999 von der Beitragspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung zu befreien. Der Kläger gab an, seit dem 1.

September 1999 als selbständiger Handelsvertreter tätig zu sein. Er erklärte, dass er nur fþr einen Auftraggeber tätig sei, mit diesem Hauptauftraggeber sei eine AusschlieÃ□lichkeitsbindung vereinbart und er sei vor seiner jetzigen Tätigkeit fþr den Auftraggeber als Arbeitnehmer tätig gewesen. Er legte dazu den mit der O-GmbH & Co. KG, vertreten durch die O-GmbH, geschlossenen Finanzdienstleistungsvermittlervertrag vom 10. September 1999 vor.

Mit Bescheid vom 24. März 2000 lehnte die Beklagte den Antrag des Klägers ab. Zur Begrù¼ndung fù¼hrte sie aus, dass die vom Kläger erstrebte Befreiung von der Versicherungspflicht für arbeitnehmerähnliche Selbständige nicht möglich sei, da der Kläger seine Tätigkeit erst nach dem 31. Dezember 1998 aufgenommen habe.

Im Widerspruchsverfahren machte der Kläger dagegen geltend, dass er kein arbeitnehmerähnlicher Selbständiger, sondern ein nicht der Versicherungspflicht unterliegender Selbständiger sei. Er arbeite für mehrere Auftraggeber. Zum Beleg reichte er neben dem bereits vorgelegten Vertrag mit der O noch je einen Vertretervertrag zwischen ihm und der V Versicherungsgruppe und der I AG ein.

Mit Widerspruchsbescheid vom 5. Juni 2000 verblieb die Beklagte bei ihrer Auffassung. Eine Befreiung von der Versicherungspflicht als arbeitnehmerĤhnlicher SelbstĤndiger komme wegen Aufnahme der TĤtigkeit erst nach dem bezeichneten Stichtag nicht in Betracht. Der KlĤger unterliege in dieser TĤtigkeit der Versicherungspflicht als arbeitnehmerĤhnlicher SelbstĤndiger, da er regelmĤÄ∏ig nur für einen Auftraggeber tätig sei.

Die Klage, mit der der KlĤger unter Hinweis auf die vorgelegten vertraglichen Vereinbarungen geltend gemacht hat, er arbeite fýr mehrere Auftraggeber und sei somit kein arbeitnehmerĤhnlicher SelbstĤndiger und unterliege daher nicht der Versicherungspflicht in der Rentenversicherung, hat das Sozialgericht (SG) Berlin mit Urteil vom 22. MAxrz 2001 abgewiesen und zur BegrA¼ndung im Wesentlichen ausgefļhrt: Die Klage sei als kombinierte Anfechtungs- und Feststellungsklage zulÄxssig, jedoch unbegrļndet. Die angefochtenen Bescheide seien rechtmäÃ∏ig und verletzten den Kläger nicht in seinen Rechten. Der KlĤger habe keinen Anspruch auf die Feststellung, dass er nicht der Versicherungspflicht zur Rentenversicherung der Angestellten unterliege. Bei dem KlĤger handele es sich um einen arbeitnehmerĤhnlichen SelbstĤndigen bzw. gemäÃ∏ <u>§ 2 Satz 1 Nr. 9b</u> Sozialgesetzbuch Sechstes Buch (SGB VI) um einen SelbstĤndigen mit nur einem Auftraggeber. Der KlĤger sei zwar nach seinen Angaben und den vorgelegten Unterlagen sowohl als Handelsvertreter im Sinne des <u>§ 84 Abs. 1 Satz 1</u> Handelsgesetzbuch (HGB) als auch gemäÃ∏ <u>§ 84 Abs. 1 Satz</u> 2 HGB selbständig tätig. Er unterliege aber auch als Selbständiger der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung, weil er zu den Personen gehöre, die gemäÃ∏ <u>§ 2 Satz 1 Nr. 9 SGB VI</u> als arbeitnehmerĤhnliche SelbstĤndige von der Versicherungspflicht erfasst würden. Er beschÃxftige unstreitig keine versicherungspflichtigen Arbeitnehmer und sei auch entgegen seiner Auffassung regelmäÃ∏ig nur für einen Auftraggeber tätig. Dieses Merkmal sei nicht nur dann erfüllt, wenn ein

Selbständiger vertraglich direkt an nur einen Auftraggeber gebunden sei, sondern auch in den FĤllen, in denen lediglich eine faktische Bindung vorliege (vgl. Bundestagsdrucksache 14/45 Seite 19 und 14/1855 Seite 7). Dies sei beispielsweise der Fall, wenn der Auftragnehmer zwar vertraglich für mehrere Auftraggeber tätig sein dürfe, dies aber nach den tatsächlichen Umständen nicht kann, weil die anderen Auftraggeber Kooperationspartner des ersten Auftraggebers seien (Hinweis auf Rundschreiben der Spitzenorganisationen vom 20. Dezember 1999 Seite 10, abgedruckt im VDR-Kommentar als Anlage 3 zu § 7 SGB IV). Für diese Wertung spreche, dass die Norm des <u>§ 2 Satz 1 Nr. 9 SGB VI</u> als neuer Tatbestand zum Schutz von "Schein"-Selbständigen geschaffen worden sei. Der Auftragnehmer habe zwar vertragliche Bindungen zu mehreren Vertragspartnern, da diese jedoch jeweils als Kooperationspartner an den ersten Auftraggeber des Auftragnehmers gebunden seien, trÄxten sie diesem wirtschaftlich letztlich wie ein Auftraggeber gegenüber. Der Auftragnehmer könne in diesem Fall nämlich nicht ein selbstĤndiges Unternehmenskonzept mit freier Partnerwahl entwickeln, sondern bleibe von einem Auftraggeber abhĤngig.

Diese Kriterien seien auch im Falle des Klägers erfüllt. Mit der O stehe ihm ein Vertragspartner gegenüber, von dem er wirtschaftlich abhängig sei. Der zwischen dem KlĤger und der O geschlossene Vertrag enthalte diverse Klauseln, die Bezug nähmen auf etwaige mit anderen Partnern der O zu schlieÃ∏ende bzw. bereits geschlossene Vereinbarungen. Die Provisionsabrechnungen â∏ auch von für die Partner I und V abgeschlossene Verträge â∏ seien vom Kläger über die O abzuwickeln; die O wickele die Provisionsabrechnungen monatlich ab (Ziffer 10 des Vertrages zwischen dem KlAzger und der O). Der Abschluss der beiden Vereinbarungen zwischen dem KlĤger und der I bzw. der V sei in dem Vertrag zwischen der O und dem Kläger â∏∏ wie sich aus der Nachtragsvereinbarung 1 zum Vertrag ergebe â∏ bereits vorgesehen. Verträge mit Dritten dürfe der Kläger jedoch ausdrücklich nur mit Genehmigung der O abschlieÃ∏en. Die VertrĤge zwischen dem KlĤger und der I bzw. der V enthielten jeweils Klauseln, die die Abrechnung der Provisionen etc. über die O vorsähen. Aus all dem ergebe sich, dass der Kläger nicht als freier unabhägngiger Selbstägndiger Verträge abschlieÃ∏en und sein eigenes Vertretungsnetz aufbauen könne, sondern nur in enger â∏∏ vor allem auch wirtschaftlicher â∏∏ Bindung an die O und die mit ihr verbundenen Kooperationspartner t\tilde{A}\tilde{x}tig werden k\tilde{A}\tilde{\text{n}}nne und damit nicht die MĶglichkeiten eines SelbstĤndigen habe, sondern in AbhĤngigkeit von einem Auftraggeber tÃxtig sei. Für diese Beurteilung sprÃxche auch, dass der KlĤger den ihm zustehenden Provisionsanteil wie ein monatliches Gehalt auf Grund der monatlichen Abrechnung durch die O von dieser ausgezahlt erhalte. Zudem habe der KlĤger bei Antragstellung angekreuzt, nur fļr einen Auftraggeber tĤtig zu sein, obwohl er zu diesem Zeitpunkt bereits die VertrĤge mit der I und der V abgeschlossen gehabt habe, also ebenfalls von nur einem Auftraggeber ausgegangen sei. Für die getroffene Bewertung spreche schlieÃ∏lich auch, dass der Kläger angegeben habe, es gäbe eine AusschlieÃ∏lichkeitsklausel mit dem Hauptauftraggeber und dass er zuvor für den Auftraggeber als Arbeitnehmer tÃxtig gewesen sei. Aus alledem sei auf eine Stellung als arbeitnehmerĤhnlicher SelbstĤndiger mit der Folge der Versicherungspflicht zu schlie̸en. Eine Befreiung von der danach gemäÃ∏ § 2 Satz 1 Nr. 9 SGB VI

bestehenden Versicherungspflicht gemäÃ∏ § 231 Abs. 5 SGB VI komme nicht in Betracht, weil der Kläger nicht bereits bis zum 31. Dezember 1998 eine selbständige Tätigkeit ausgeübt habe und erst danach versicherungspflichtig geworden sei. Denn er habe unstreitig erst zum 1. September 1999 seine Tätigkeit aufgenommen.

Hiergegen hat sich der KlĤger mit seiner Berufung gewandt, mit der er weiterhin die Aufhebung der angefochtenen Bescheide und die ausdrļckliche Feststellung begehrt, nicht der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung gemäÃ∏ <u>§ 2 Satz 1 Nr. 9 SGB VI</u> zu unterliegen. Unter Vertiefung seines bisherigen Vortrages hat er geltend gemacht, er sei als selbständiger Handelsvertreter fýr verschiedene Unternehmen mit der Vermittlung von VersicherungsvertrĤgen betraut. Dabei handele es sich um die VAG, die V AG, die I AG und die O GmbH & Co KG. Aus den VertrĤgen ergĤbe sich eindeutig, dass er nicht nur få¼r einen Auftraggeber, sondern få¼r mehrere tåxtig werde. Jeder Vertrag könne gesondert gekündigt werden; eine Koppelung bestehe nicht. Soweit auf die Abwicklung $\tilde{A}^{1/4}$ ber die O abgestellt werde, verkenne das SG, dass es sich insofern lediglich um eine unter ZweckmĤÄ∏igkeitsgesichtspunkten getroffene Abrede handele, aus der sich allerdings nicht die Schlussfolgerung auf eine entsprechende Abhängigkeit ableiten lasse. Seine Einkünfte ergäben sich nicht nur aus den vertraglichen Beziehungen mit der O, sondern beruhten in erheblichem Umfang auch auf den VertrĤgen mit V und I, wie die vorgelegten Aufstellungen über Provisionszahlungen belegten. Zu beachten seien schlieÃ∏lich auch die Ausführungen in der Mitteilung des VDR (3. Auflage Stand 2000) sowie die Darstellung der Beklagten selbst in ihrer Sonderinformation "SelbstĤndige mit einem Auftraggeber", wo es hei̸t, dass im Falle einer eigenen Vereinbarung mit einem Kooperationspartner keine TÄxtigkeit fļr (nur) einen Auftraggeber vorliege, wenn der Kooperationspartner nicht zu demselben Konzern gehĶre. Dies sei hier der Fall. Zwar seien die Partner "V" und "S" ausnahmsweise an der O beteiligt, jedoch lediglich mit einem Anteil von jeweils 15%. Aus dieser Beteiligung ergebe sich jedoch mit dem Mehrheitsgesellschafter D sowie der O keine konzernrechtliche Verbindung.

Der KlĤger beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 22. März 2001 sowie den Bescheid der Beklagten vom 24. März 2000 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 5. Juni 2000 zu ändern und festzustellen, dass er nicht der Versicherungspflicht in der Rentenversicherung gemäÃ∏ <u>§ 2 Satz 1 Nr. 9 SGB VI</u> unterliegt.

Er regt vorsorglich die Zulassung der Revision an.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurļckzuweisen.

Sie verteidigt das angefochtene Urteil und ist der Auffassung, dass keine "eigenen" Vereinbarungen im Sinne der ErlĤuterungen der VersicherungstrĤger vorlĤgen. Die Verträge lieÃ□en eindeutig erkennen, dass sie von der Hauptvereinbarung mit der O abhängig seien. Die O werde in den Verträgen ausdrücklich erwähnt. Es handele sich auch um Formularverträge, die keineswegs unabhängig vom KIäger ausgehandelt worden seien.

Der Senat hat den Kläger im Termin persönlich gehört; wegen der Ã∏uÃ∏erungen im Einzelnen wird auf die Sitzungsniederschrift verwiesen.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird zur ErgĤnzung des Tatbestandes auf die Gerichtsakte sowie die von der Beklagten vorgelegte Verwaltungsakte (Versicherungsnummer), die Gegenstand der mýndlichen Verhandlung gewesen sind, Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die zul \tilde{A} xssige Berufung ist begr \tilde{A} 4ndet. Der Kl \tilde{A} xger unterliegt nicht der Versicherungspflicht gem \tilde{A} x \tilde{A} \tilde{A} 2 Satz 1 Nr. 9 SGB VI, so dass das Urteil des SG aufzuheben und der angefochtene Bescheid der Beklagten zu \tilde{A} xndern war.

Eine abhängige Beschäftigung liegt beim Kläger auf Grund seiner Stellung als selbständiger Handelsvertreter unstreitig nicht vor (§ 7 Abs. 7 Satz 2 SGB IV), so dass auf Grund der allgemeinen Regelung der Versicherungspflicht abhängig Beschäftigter der Kläger nicht der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung unterliegen kann.

Versicherungspflicht kann daher nur auf Grund der zum 1. Januar 1999 (mit dem Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte vom 19. Dezember 1998 [BGBl. | Seite 3843]) eingefÄ¹/₄hrten und (mit Gesetz zur FĶrderung der SelbstĤndigkeit vom 20. Dezember 1999 [BGBl. | 2000 Seite 2]) modifizierten Regelung des § 2 Satz 1 Nr. 9 SGB VI zur Einbeziehung von arbeitnehmerĤhnlichen SelbstĤndigen eintreten; deren Feststellung obliegt allein der Bundesversicherungsanstalt fÃ¹/₄r Angestellte (§ 146 Nr. 6 SGB VI).

Da der Kläger nach seinen Angaben keinen Angestellten â \square auch keinen Familienangehörigen â \square beschäftigt (hat), ist streitentscheidend, ob der Kläger im Wesentlichen nur fýr einen Auftraggeber bzw. â \square wie es in der Neufassung klarstellend heiÃ \square t â \square auf Dauer und im Wesentlichen nur fýr einen Auftraggeber tätig (gewesen) ist.

Dieses Merkmal soll nach Auffassung des Gesetzgebers nicht nur im Falle einer entsprechenden rechtlichen (vertraglichen) Bindung, sondern auch bei (nur) tatsĤchlicher AbhĤngigkeit vorliegen (<u>Bundestagsdrucksache 14/45 Seite 46</u>). Es komme darauf an, ob der Auftragnehmer nach seinem Unternehmenskonzept die Zusammenarbeit mit mehreren Auftraggebern anstrebe und dies nach den tatsĤchlichen und rechtlichen Gegebenheiten Erfolg verspreche; dieses Merkmal sei nicht erfļllt, wenn der Auftragnehmer zwar für mehrere Auftraggeber tätig sein darf, dies aber nach den tatsächlichen Umständen nicht kann (Gürtler in

Kasseler Kommentar, Rdnr. 39 zu § 2 unter Hinweis auf <u>Bundestagsdrucksache</u> 14/1855 Seite 11).

Eine entsprechende rechtliche Bindung lĤsst sich nicht feststellen. Der KlĤger verweist dazu zutreffend auf die seine VertretertĤtigkeit regelnden VertrĤge mit O, V und IDUNA, also gerade nicht mit nur einem Auftraggeber. Diese VertrĤge sind in ihrer Ausgestaltung so aufgebaut, dass sie jeweils einzeln bestehen (bleiben) kĶnnen. Vereinbarungen, die den Bestand eines Vertrages an den Bestand der anderen VertrĤge koppeln, sind nicht getroffen worden. Es ist mithin die Kù¼ndigung und Beendigung eines VertragsverhĤltnisses möglich und zulĤssig, ohne dass dies nach den vertraglichen Vereinbarungen die Lösung auch der anderen VertrĤge zur Folge hĤtte. Eine konzernrechtliche Bindung der Vertragspartner des KlĤgers, die möglicherweise eine andere Bewertung der Vertragstexte bewirken könnte, ist fù¼r den Senat nicht erkennbar und wird auch von der Beklagten nicht behauptet.

Diese formale EigenstĤndigkeit der VertrĤge und damit das Vorliegen mehrerer Auftraggeber wird auch nicht durch die vom SG angeführte Ausgestaltung der Vertragsabwicklung zurļckgedrĤngt. Sie lĤsst sich, wie sich aus der vom KlĤger geschilderten Bearbeitung und Abrechnung der vermittelten AuftrĤge ergibt, entsprechend der klägerischen Auffassung nur als bloÃ∏es Ordnen der finanziellen Abwicklung der GeschĤftstĤtigkeit qualifizieren. Denn wie der KlĤger erlĤutert hat, werden die von ihm vermittelten AuftrĤge dem jeweiligen Unternehmen direkt zur Bearbeitung übersandt, unabhängig davon, ob es sich "nur" um ein Partnerunternehmen der O oder um die direkten Vertragspartner V und I handelt. Mithin unterliegt schon in diesem Bereich nicht alles der Organisation und Kontrolle der O, was aber bei einem faktischen AuftragsverhĤltnis nur zur O zu erwarten wĤre. Auch die finanzielle Abwicklung berechtigt nicht zu dem Schluss auf nur ein (faktisches) AuftragsverhĤltnis zur O. Der KlĤger hat nicht nur nach der Vertragsgestaltung eigenstĤndige Provisionsansprļche gegen V und I, sondern diese rechnen â ☐ wie der Klà zger weiter erlà zutert hat â ☐ ihre diesbezüglichen Verträge auch selbst ab und überspielen erst die Abrechnung an die O, die dementsprechend die Gelder an den KlAzger auszahlt. Daraus lAzsst sich wohl nur der Schluss ziehen, dass die O für V und I eher nur als Zahlstelle fungiert; jedenfalls l\tilde{A}\tilde{x}sst sich nicht feststellen, die O regele faktisch die gesamte Abrechnung und Zahlung eigenstĤndig. Diese Feststellung ist insofern bedeutsam, als nicht nur der Vertrag mit der O, sondern auch die VertrĤge mit V und I fļr den Klåger von erheblichem Gewicht sind, wie der Klåger auch bei seiner persĶnlichen AnhĶrung erklĤrt und durch die vorgelegten Provisionsabrechnungen belegt hat. Denn daraus wird deutlich, dass sich aus den DirektvertrĤgen beachtliche Provisionsansprļche ergaben bzw. ergeben und somit eine wirtschaftliche Abhängigkeit nur von einem Auftraggeber â∏ der O â∏∏ nicht angenommen werden kann.

Ein solcher Schluss rechtfertigt sich auch nicht aus den anfĤnglichen Angaben des KlĤgers. So belegt schon sein Versicherungskonto, dass er die ab 1. September 1999 ausgeļbte selbstĤndige TĤtigkeit nicht zuvor als abhĤngig BeschĤftigter verrichtet hat, sondern vorher nur kurzzeitig nebenher als

Versicherungsvertreter arbeitete, wie er klarstellte. Der Fragebogen ist offensichtlich unzutreffend bzw. auf Grund unzutreffender Wýrdigung der Fragen ausgefüllt und bereits im Widerspruchsverfahren eine Korrektur der Angaben vorgenommen worden. Jedenfalls ist eine nach dem Sachverhalt falsche rechtliche EinschÃxtzung des KlÃxgers ungeeignet, seine Versicherungspflicht zu begründen.

Schlieà lich ist noch zu berà kcksichtigen, dass die Beklagte nach ihren eigenen Merkblà tern (vgl. das vom Klà ger vorgelegte Merkblatt â le Bl. 127 GA) in vergleichbaren Fà len, in denen neben einem Auftraggeber zusà tzlich selbstà ndige Vertrà ge mit Kooperationspartnern vorliegen, ohne dass eine Konzernzugehà rigkeit besteht, bereits eine Mehrzahl von Auftraggebern annimmt mit der Folge, dass Versicherungspflicht nicht eintritt.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 SGG</u> und folgt dem Ergebnis in der Hauptsache.

Gründe zur Zulassung der Revision gemÃxà ☐ § 160 Abs. 2 SGG liegen nicht vor.

Erstellt am: 03.08.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024